

Text 1

Geschichte der Bundesrepublik

Studentenbewegung

"Unter den Talaren Muff von Tausend Jahren!" riefen die Studenten 1968 auf Deutschlands Straßen. In Berlin, Frankfurt, München und vielen anderen Universitätsstädten der damaligen Bundesrepublik machten sie ihrem Unmut Luft. Mit Protestmärschen und Gleisblockaden demonstrierten sie gegen die verkrusteten Gesellschaftsstrukturen im Deutschland der 1960er Jahre. Ihre Proteste richteten sich gegen das verstaubte Hochschulwesen, die große Koalition, den Vietnamkrieg und die fehlende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Die Ursachen des Protests

Studenten-Demo gegen den Vietnamkrieg

Anfang der 1960er Jahre sah nicht mehr alles so rosig aus, wie noch im Wirtschaftswunder-Deutschland der Adenauer-Ära. Die Inflation war angestiegen und auch die Arbeitslosenzahlen nahmen zu. Das Zeckensterben begann und der Traum von der deutschen Einheit war 1961 mit der Errichtung der Berliner Mauer geplatzt.

Auf dem politischen Parkett jagte ein Skandal den nächsten. Heinrich Lübke wurde trotz seiner NS-Vergangenheit zwei Mal von CDU und CSU zum Bundespräsidenten gewählt. Im Bundestag debattierte man in der Zwischenzeit darüber, ob die NS-Verbrechen nicht doch verjähren dürften. Hinzu kam 1962 die "Spiegel"-Affäre. Rudolf Augstein, der Chefredakteur des Magazins "Spiegel" wurde wegen einer kritischen Titelgeschichte über die Bundeswehr auf Anordnung des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß verhaftet.



Bundespräsident Heinrich Lübke

Im Jahr 1966 sah sich die Union mangels Mehrheit gezwungen, mit der SPD eine Koalition einzugehen, um weiter regieren zu können. An den Universitäten brodelte es derweil. Die Studentenvertretungen begannen, die verkrusteten Strukturen an den Hochschulen öffentlich scharf zu kritisieren. Sie forderten zeitgemäße Lerninhalte, soziale Chancengleichheit im Bildungswesen, bessere Lernbedingungen und den Austausch von Lehrkräften mit NS-Vergangenheit.

Wie ihre Kommilitonen in den USA forderten auch die deutschen Studenten ein Ende des Vietnamkriegs und den Stopp der atomaren Aufrüstung. Die von der Koalition erlassenen Notstandsgesetze schürten die Unruhe unter den Studenten noch mehr. Sie befürchteten gravierende Einschränkungen der demokratischen Grundrechte.

SDS und APO



Rudi Dutschke, Studentenführer und SDS-Ideologe

Motor der Studentenbewegung war der 1947 gegründete "Sozialistische Deutsche Studentenbund" (SDS). Die bei der Mutterpartei SPD wegen ihrer DDR-freundlichen Einstellung in Ungnade gefallene und 1961 ausgeschlossene Studentenvereinigung wurde immer mehr zum Auffanglager der "Neuen Linken".

Anfang 1965 traten Rudi Dutschke, Dieter Kunzelmann und Bernd Rabehl in den Berliner SDS ein und besetzten dort bald wichtige Posten. Der Bund wurde ab diesem Zeitpunkt zu einer antiautoritären, linken Organisation mit anarchistischen Ansätzen, die auch eine wesentliche Rolle in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) spielte.

Die APO beeinflusste ab Mitte der 1960er Jahre weite Teile der Studentenbewegung. Sie sah sich als einzige Gegenkraft zur herrschenden Regierung, denn durch die große Koalition gab es im Parlament so gut wie keine Opposition mehr. Die APO protestierte vehement gegen die geplanten Notstandsgesetze und prangerte die Untätigkeit der Bundesregierung gegen den Vietnamkrieg an.

Als Protestformen etablierte sie "Go-ins", "Sit-ins" und "Teach-ins". Dabei handelte sich um die Belagerung von Hochschulräumen, öffentlichen Plätzen und Einrichtungen, wo die APO-Mitglieder mit Reden, Plakaten und anderen Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam machten und den laufenden Betrieb blockierten.

Frankfurter Schule



Vordenker der 68er: Theodor W. Adorno

Parallel zum SDS kritisierte auch die "Subversive Aktion" die gesellschaftlichen Verhältnisse in den 1960er Jahren. In dieser Gruppe rund um die Soziologen und Philosophen Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse fand man vor allem Künstler und Intellektuelle aus den deutschen Großstädten. Sie stellten die radikalen, revolutionären Aktionsformen des SDS in Frage. Ihr Ziel war eine friedlichere Umwälzung der Gesellschaft.

Die auch als "Frankfurter Schule" bezeichnete Bewegung kritisierte grundsätzlich die Konsumgesellschaft und hatte einen neomarxistischen Ansatz. Gewalt stand hier aber nicht auf dem Programm, sondern Veränderung durch gezielte, sich ständige wiederholende Aktionen in Schulen, am Arbeitsplatz, in der Kunst und auch in der Familie.

An den Erfolg großer Protestaktionen, wie die vom SDS organisierten Demonstrationen, glaubten die Mitglieder der "Frankfurter Schule" nicht. Trotzdem bildeten auch sie mit ihrer Gesellschaftskritik und ihren Vorstellungen von einer moderneren und gerechteren Gesellschaftsform eine wichtige ideelle Säule der Studentenbewegung. Die Zeit für Veränderung war reif.

Benno Ohnesorg und die Folgen



Benno Ohnesorg wird ins Krankenhaus transportiert

Als am 2. Juni 1967 der persische Schah Reza Pahlevi zum Staatsbesuch in Berlin eintraf, eskalierten die Ereignisse. Die Studenten demonstrierten gegen den offiziellen Besuch des Diktators, der in seiner Heimat Oppositionelle in den Gefängnissen foltern ließ und nichts gegen die Verarmung der persischen Bevölkerung unternahm. Sie protestierten auch gegen die Unterstützung, die der Schah vor allem von den USA

und der Bundesrepublik erhielt: finanzielle und materielle Mittel, wie Panzer und Waffen. Vor der Berliner Oper, wo das persische Staatsoberhaupt sich die "Zauberflöte" anschaute, protestierten die Studenten lautstark gegen den Diktator.

Als aus unbekanntem Grund plötzlich Panik ausbrach, schoss die Polizei. Dabei wurde der 26-jährige Student Benno Ohnesorg getötet. Waren die Demonstrationen bis dahin noch spielerische und antiautoritäre Happenings gewesen, so änderte sich das ab diesem Abend schlagartig. Die Studenten begnügten sich nun nicht mehr damit, mit Puddingbomben und Tomaten zu werfen. Die Protestaktionen wurden radikaler.

Besonders nach dem 11. April 1968, dem Tag des Attentats auf Rudi Dutschke, der Galionsfigur der deutschen Studentenbewegung, waren die Studenten nicht mehr zu halten. Aus der bis dahin friedlichen Protestbewegung wurde eine Studentenrevolte, die fast alle Universitätsstädte erfasste.

Ende und Erben der Bewegung



Ex-Aktivist Joschka Fischer

Universitätsveranstaltungen wurden regelmäßig lautstark gestört und Blockaden des Straßenverkehrs durch Sit-ins waren an der Tagesordnung. Auslieferungsfahrzeuge des Springer-Konzerns wurden in Brand gesetzt. Die mächtige und auflagenstarke Springerpresse beherrschte damals rund 50 Prozent des westdeutschen Zeitungs- und Zeitschriftenmarktes. Sie wurde von den Studenten für die Manipulation der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Weitere Großdemonstrationen fanden anlässlich der am 30. Mai 1968 verabschiedeten Notstandsverfassung statt.

Gegen Ende des Jahres 1969 verebbte die Studentenbewegung. Ursache war - besonders ab Herbst 1968 - die Zersplitterung innerhalb der Bewegung. Der SDS konnte nicht mehr als Ganzes in Erscheinung treten, da sich die Mitglieder intern zerstritten hatten. Dabei ging es um Machtkampf und unterschiedliche politische Ziele. Ein Teil der Studentenbewegung ging Ende 1968 in die neu gegründeten Parteien DKP (Deutsche Kommunistische Partei) und die KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten Leninisten) über.

Ein weiterer Teil der Bewegung sah nur den aktiven Kampf mit Gewalt und Waffen als Lösung der politischen und gesellschaftlichen Missstände. Daraus formierten sich unter anderem die Mitglieder terroristischer Vereinigungen wie der RAF. Andere Vertreter der 68er-Bewegung wie Rudi Dutschke traten später als Gründungsmitglieder der "Grünen" in

Erscheinung. Manche weniger prominente Protestler wie Joschka Fischer schafften es später sogar ins Bundeskabinett.

Die politischen Auswirkungen

Die Studentenproteste hatten starke Auswirkungen auf die politische Kultur und Rechtspolitik der späteren Jahrzehnte. Auch wenn viele der Ideen und Vorstellungen der 68er nicht in die Realität umgesetzt werden konnten, so brachten sie doch so manchen Stein ins Rollen. So hatte die Studentenbewegung zum Beispiel Folgen für die Neuordnung des Strafrechts. Geändert wurden außerdem das Sexualstrafrecht und die Rechtsprechung bei Delikten gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 dauerte jedoch noch etliche Jahre und die damals verlangte Bodenreform wurde nie durchgeführt.

planet-wissen.de

Notstandsgesetz

Eine schwere Überschwemmung oder ein Erdbeben haben Teile des Landes verwüstet. Ein feindlicher Staat droht damit anzugreifen. Unruhen im Inneren sind ausgebrochen, die innere Sicherheit ist in Gefahr. Es gibt viele Notsituationen, die man sich ausmalen kann und die hoffentlich nicht eintreten werden. Sollte es aber doch passieren, muss der Staat reagieren. In unserer Verfassung gibt es ganz bestimmte Regeln dafür, wie die Staatsorgane (zum Beispiel die Regierung, Polizei, Bundeswehr) in diesen Notlagen handeln können, um die Situation zu meistern. In dieser so genannten Notstandsverfassung steht, dass in einem solchen Fall die normalen Grundrechte der Bürgerzeitweilig eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden können. Das kann zum Beispiel das Post- und Fernmeldegeheimnis betreffen. Polizei und Zivilschutz können schnell verstärkt werden, neue Gesetze können ohne ein langwieriges Verfahren rasch beschlossen werden, um einer drohenden Gefahr rechtzeitig zu begegnen.

Als die Notstandsgesetze 1968 gemacht wurden, gab es besonders von Studenten heftige Proteste. Man befürchtete, diese Gesetze könnten dazu missbraucht werden, die Bürger mehr zu kontrollieren.

Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid

Notstandsgesetze sind Regelwerke für den Kriegs- oder Verteidigungsfall, für Bürgerkriege oder während besonders schwerer Naturkatastrophen. Sie enthalten typischerweise Vorschriften über Lebensmittel- und Energie-rationierung, die Zwangsverpflichtung der Zivilbevölkerung zum Arbeitsdienst, die Beschlagnahme ("Requirierung") von Vermögensgegenständen durch staatliche Stellen oder die bevorrechtigte Belieferung des Staates mit Gütern und Leistungen.

www.bwl24.net

Text 2

Geschichte der Bundesrepublik

Kommune 1

Die erste Kommune Deutschlands wurde 1967 in Berlin gegründet. Ein paar Studenten aus der Gruppe "Münchener Subversive Aktion" und dem Kern des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) überlegten sich eine ganz neue Form des Zusammenlebens. Weg von der spießigen Kleinfamilie und den hierarchischen Familienstrukturen, hin zu einer neuen Form der Lebensgemeinschaft, in der alle gleichberechtigt sind: Frau, Mann und Kind. Der Vorläufer heutiger WGs (Wohngemeinschaften) entstand.

Das Experiment

Fritz Teufel (rechts) in der "Kommune 1"

Bereits 1966 wurden die ersten Pläne zur Gründung einer Kommune geschmiedet. Dieter Kunzelmann von der "Subversiven Aktion" sowie die SDS-Mitglieder Rudi Dutschke und Bernd Rabehl beschlossen, eine neue Gesellschaftsform an sich selbst auszuprobieren und dem Spießleben den Rücken zu kehren. In Arbeitskreisen wurden Thesen entwickelt. Es wurde überlegt, wie die Kommune funktionieren könnte und welche Ziele man damit verfolgen wollte.

Eine der Thesen war, dass aus der Kleinfamilie der Faschismus entstünde. Mann und Frau würden in Abhängigkeit voneinander leben. Eine freie Entwicklung der Menschen wäre so nicht möglich. Um die "Zelle des Faschismus", wie sie die Familie nannten, zu zerschlagen, sahen sie nur die Kommune als ideale Möglichkeit der Lebensgemeinschaft.

Nach anfänglich großem Interesse sprangen doch viele wieder ab, als das Experiment starten sollte. Übrig blieben vier Frauen und vier Männer: Dieter Kunzelmann, Fritz Teufel, Ulrich Enzensberger, Volker Gebbert, Dagrun Enzensberger, Tanquil Enzensberger, Dorothea Ridder und Dagmar Seehuber.



Die Kommunarden bei einem Sitzstreik

Im Januar 1967 zogen sie in die Wohnung des Schriftstellers Uwe Johnson ein, der sich damals im Ausland aufhielt. Die Kommune 1 war geboren. Kunzelmann war für die Abschaffung aller Sicherheiten. Für ihn war ein Leben ohne Geld, ohne Besitz und ohne Privatsphäre wichtig. Ansonsten sollte aber jeder das tun und lassen können, was er wollte. Vorausgesetzt, alle konnten daran teilnehmen.

Pudding und Flugblätter



Rainer Langhans wird abgeführt

Einige Monate nach ihrem Einzug in die Kommune begannen die Bewohner Aktionen zu planen. Die erste sollte das "Pudding-Attentat" auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey sein, der 1967 Berlin besuchte. Doch einen Tag vor der geplanten Tat wurden die acht Attentäter festgenommen. Obwohl die "Bomben" nur ein Gemisch aus Pudding, Joghurt und Mehl enthielten, wurden sie von der Springer-Presse als "Horror-Kommunarden" beschimpft.

Trotzdem hörten sie nicht auf, immer wieder mit Aktionen von sich reden zu machen. Gerne verteilten die Kommunarden Flugblätter mit provozierendem Inhalt, um Reaktionen bei der Bevölkerung hervorzurufen. Doch als sie auf einem Flugblatt indirekt zu Brandanschlägen auf Kaufhäuser aufriefen, war der Spaß vorbei. Der SDS schloss die Kommunarden aus, weil sie die Flugblätter im Namen des Studentebundes verteilt hatten.

Mit der Zeit änderte sich in der Kommune 1 die Einstellung zum Geld. Interviews und Fotos ließen sich die Bewohner bezahlen. Mit ihren langen Haaren, den langen Ketten und Mänteln sahen sie ziemlich durchgestylt aus und von den marxistischen Ansätzen war nicht mehr übrig geblieben. Ihr Motto zu diesem Zeitpunkt: Hauptsache Spaß haben. Die Bewohner organisierten Happenings und hatten Groupies vor der Tür. Irgendwie waren sie ungewollt zu "Popstars" der

Studentenbewegung geworden, die mit der Bewegung an sich nicht mehr viel zu tun hatten. Als dann 1968 das Fotomodell Uschi Obermaier als Rainer Langhans' Freundin vorgestellt wurde und in die Kommune einzog, gab es noch mehr Presseberichte. "Das schönste Paar der APO", titelten die Zeitschriften.

Experiment gescheitert



Uschi Obermaier im März 1970

Das Leben der Kommunarden schien sich nur noch um Uschi Obermaier und Rainer Langhans zu drehen. Sie benutzten gezielt die Presse, um über ihre Liebesbeziehung und ihre Sexualität zu reden. Das hatte es vorher noch nie gegeben. Mit ihren offenen Aussagen zur Sexualität brachen sie Tabus und ebneten den Weg für die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

In der Kommune gaben sich die Besucher mittlerweile die Klinke in die Hand. Auch Prominente wie Jimi Hendrix schauten vorbei und blieben ein paar Tage. Sex, Musik und Drogen standen in dieser Zeit auf der Tagesordnung. Gründungsmitglied Kunzelmann wurde heroinabhängig und musste die Kommune verlassen. Teufel war schon vorher wegen seiner unüberschaubaren Frauengeschichten vor die Tür gesetzt worden. Es blieben nicht mehr viele. Ende 1969 wurden die Kommunarden von Rockern überfallen und die Räume verwüstet. Die Übriggebliebenen der ersten Deutschen WG verließen danach die Kommune und mit ihr wohl auch den Traum von einer neuen Gesellschaftsform.

Die Nachfolger

Nach dem Vorbild der Kommune 1 wurden Ende der 1960er bis Anfang der 1980er Jahre viele weitere Kommunen gebildet. Ziele ihrer Bewohner waren die Gleichberechtigung beider Geschlechter. Dies galt sowohl für das Sexualleben als auch für die Erziehung der Kinder, die berufliche Entwicklung und vieles mehr.

Aus den Kommunen entstanden zu Beginn der 1980er Jahre in der gesamten Bundesrepublik die Wohngemeinschaften, die sich bis heute gehalten haben. Im 21. Jahrhundert gibt es sie von alternativ angehaucht bis hin zu Edel-WGs. Mit den Idealen der alten 68er-Generation haben viele nichts zu tun, sondern sie sind reine Zweckgemeinschaften.